

Arbeitspflicht für junge Menschen? Na klar!



Von **Fatina Keilani**

Redakteurin im Ressort Meinungsfreiheit

Veröffentlicht am 04.11.2025 | Lesedauer: 3 Minuten



WELT-Autorin Fatina Keilani

Quelle: Stefan Beetz/WELT/Claudia Weidner

In Thüringen müssen junge Menschen, die Bürgergeld beziehen, seit Montag bis zu 40 Stunden wöchentlich arbeiten. Erscheinen sie nicht zur Arbeit, gibt es Kürzungen. Es sagt viel über das Land aus, dass eine solche Maßnahme als hart gilt und nicht als völlig selbstverständlich.

Es ist übrigens keine Folter, junge Leute zur Arbeit heranzuziehen. Wer soll denn sonst arbeiten, wenn schon junge Menschen davon entschuldigt sind? [Ach ja, die Rentner! Die sollen ja länger arbeiten, siehe die parallel laufende Debatte. \(https://www.welt.de/wirtschaft/article6885cb2bc97332655edd1523/debatte-um-renteneintritt-laenger-arbeiten-ein-notwendiger-tabubruch.html\)](https://www.welt.de/wirtschaft/article6885cb2bc97332655edd1523/debatte-um-renteneintritt-laenger-arbeiten-ein-notwendiger-tabubruch.html) Denn die Jugend muss in staatlich finanzierten Wohnungen ausschlafen. Nein, im Ernst: Nicht die Entscheidung des Thüringer Landrates Matthias Jendricke für eine Arbeitspflicht für junge Menschen ist erstaunlich, sondern die Aufregung darüber.

Jendricke ist Sozialdemokrat, man könnte sagen, er ist der „Mister No Bullshit“ der SPD. Jüngere Konservative würden ihn vielleicht stabil nennen. Er sagt Sätze wie: „Wir wollen jungen Menschen, die eigentlich arbeiten könnten, mehr Druck machen. Wir sagen: Geht Regale im Supermarkt einräumen, arbeitet in der Tankstelle.“ Es ist offenbar heutzutage nicht mehr selbstverständlich, genau das von sich aus zu tun.

In Jendrickes Landkreis Nordhausen in Thüringen läuft der Versuch seit Montag (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article6908c77e47b8add935b968cb/spd-landrat-fuehrt-arbeitspflicht-fuer-junge-buergergeld-empfaenger-ein-generation-von-faulenzern.html>) und für zunächst drei Monate. Eine volle 40-Stunden-Woche ist vorgesehen für jeden unter 25 mit abgebrochener oder ganz ohne Ausbildung, der Bürgergeld bezieht. Eingesetzt werden die jungen Leute in Werkstätten gemeinnütziger Vereine, im Bauhof oder bei der Pflege von Grünanlagen – für einen Stundenlohn von 1,20 Euro. Bei Nichterscheinen gibt es Abzüge bei der Stütze. Mehr als zehn Prozent dürfe er leider nicht abziehen, bedauert Jendricke.

„Wenn wir diese Generation nicht verlieren wollen, müssen wir sie wachrütteln, bevor sie sich im Bürgergeld einnistet“, ist Jendricke überzeugt. Zu Recht – wenn schon jungen Leuten nicht wirksam klargemacht wird, dass sie für sich selbst zuständig sind und der Staat nur übergangsweise einspringt, dann werden sie es nicht von selbst kapieren. Am Ende ist es eine Frage von Training und von Gewöhnung. Wenn die Eltern für diese Gewöhnung nicht sorgen, muss es der Staat tun.

Der Übergang ins Berufsleben nach dem Lotterleben im Studium ist für jeden Berufsanfänger hart. Plötzlich hat man gar keine Freizeit mehr. Dasselbe gilt für Leute, die nach der Schule eine Ausbildung beginnen. Nur gab es früher noch kein Instagram, in dem man ein weinerliches Video veröffentlichen konnte. Man brach einfach schluchzend auf dem Fußboden zusammen, ohne dass es jemand mitbekam. Bis zum nächsten Morgen hatte man sich wieder beruhigt und ging zur Arbeit – und siehe da, man gewöhnte sich dran.

Die junge Generation hat mit dem Prinzip Eigenverantwortung große Schwierigkeiten, das macht sich auf allen Gebieten bemerkbar. Als Anwalt angestellt sein mit festem Einkommen? Gerne! Partner werden und mit dem eigenen Vermögen haften? Nein danke. Angestellte Ärztin sein? Gerne! Eigene Praxis? Nein, zu viel Stress. Ein viel zu hoher Teil der nächsten Generation will Beamter werden (<https://www.welt.de/wirtschaft/plus68caa6e9416a177d432adcf8/Arbeitnehmer-Umfrage-Der-heikle-Hang-zum-Leben-als-Beamter.html>) – maximale Sicherheit ohne Risiken. So kann das Land seinen Wohlstand nicht retten. Beamte nehmen nicht an der Wertschöpfung teil.

Doch zurück zu Matthias Jendricke. „Wir machen bei den jungen Leuten alles falsch“, sagt er in Richtung der Regierungskoalition im Bund von Union und SPD. „Wir geben denen Geld fürs Zuhausebleiben, wir bezahlen ihnen auch noch eine Wohnung. Wir machen ihnen das Nest schön, sodass sie sich von der beruflichen Welt entfernen.“ Das ist schlecht für die Jugend und schlecht für die Zukunft unseres Landes. Die Entscheidung von Jendricke ist keine Schikane. Sie ist ein Akt der Fürsorge. Das ganze Land sollte es so machen, nur strenger.